

## Deutschlands Beitrag zum Europäischen Jahr der Chancengleichheit



### - Schließung aller Regionalstellen „Frau und Beruf“ in NRW –

BERUFLICHE PERSPEKTIVEN FÜR FRAUEN e. V.

Bundesarbeitsgemeinschaft  
Berufliche Perspektiven für Frauen e. V.  
Weserstraße 4  
12047 Berlin

eMail: [info@bag-frauen.de](mailto:info@bag-frauen.de)  
Internet: <http://www.bag-frauen.de>

Pünktlich zum Start des Europäischen Jahres der Chancengleichheit im kommenden Jahr sollen alle Regionalstellen „Frau und Beruf“ in Nordrhein-Westfalen geschlossen werden. In einem Brief vom zuständigen Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen wurde den Trägern der Regionalstellen am 22. Juni 06 mitgeteilt, dass die Förderung zum Ende des Jahres eingestellt wird.

Nachdem zum 1. Januar 2003 in Brandenburg alle 14 Regionalstellen Frauen & Arbeitsmarkt kurz nach ihrem 10 jährigen Jubiläum in Verzahnungsförderungsstellen und Chancengleichheit umgewandelt wurden, in Hessen Beratungsstellenangebote gekürzt wurden, im Saarland die Beratungsstelle Frau und Beruf zum 30.06.2005 gestrichen wurde und auch in Hamburg bereits zum 30.06.06 mit EFA (Informations- und Beratungsstelle Frau und Beruf e.V.) eine ebenfalls bewährte Einrichtung zur beruflichen Beratung und Begleitung von Frauen schließen musste, ist dies ein weiterer Schritt hin zur Ausradierung bundesweiter Infrastrukturen zur Verbesserung der beruflichen Situation von Frauen.

Zur Begründung heißt es in dem Schreiben, dass mittlerweile gleichstellungspolitische Fragestellungen in so vielfältigen Strukturen verankert wurden, dass die Arbeit der 46 Regionalstellen „Frau und Beruf“ nicht mehr benötigt und als Doppelstrukturförderung gesehen wird. Und nun nach 18 Jahren sei der Auftrag auch quasi erledigt.

Ist das wirklich so? „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“, so heißt es nach wie vor im Grundgesetz nach Art.3 Abs.5 GG und ist als Auftrag an die Politik in diesem Lande gerichtet, egal wie die Partei nun heißt, die die Verantwortung für die Bürger und Bürgerinnen dieses Landes übernimmt. Können wir uns nun ausruhen, die Sache mit den Frauen und der Gleichstellung als erledigt betrachten und uns anderen Problemen zuwenden?

Ein Blick in die neueren Statistiken bringt kühle Ernüchterung. An der Beteiligung von Frauen in Führungspositionen lässt sich sehr deutlich ablesen, wie es um die Gleichstellung der Geschlechter in Deutschland bestellt ist. Im IAB-Kurzbericht vom Juni dieses Jahres<sup>1</sup> wird festgestellt, dass nach wie vor Kinder und die Arbeitsteilung in Partnerschaften die Karrierehindernisse für Frauen sind. Beruf und Familie lassen sich für weibliche Führungskräfte in diesem Land selten miteinander vereinbaren. Bei

<sup>1</sup> IAB Kurzbericht, Corinna Kleinert „Karriere mit Hindernissen“, Ausgabe 6/2006

Frauen im Alter von 30 – 49 Jahre sind keine Gewinne am Anteil an den Führungspositionen zu verbuchen. In dem Alter, in dem Frauen normalerweise Kinder bekommen, sind sie in Leitungsfunktionen weit unterdurchschnittlich vertreten, die Beteiligung sinkt dramatisch von 43% auf 20%.<sup>2</sup>

Und der Rest der Welt? Im letzten Jahr hat die Bundesagentur für Arbeit einen Bericht zur Entwicklung der Chancengleichheit von Männern und Frauen am Arbeitsmarkt veröffentlicht<sup>3</sup>. Auch in dieser Veröffentlichung finden wir keine Anhaltspunkte dafür, dass sich Erwerbsbiografien von Männern und Frauen ähneln – wir erhalten folgende Hinweise:

- die Erwerbsquote von Frauen ist leicht gestiegen, aber ein weiterer Anstieg ist ohne Veränderungen der Rahmenbedingungen (Kinderbetreuung) nicht möglich
- der Anteil der Frauenerwerbsarbeit ist gestiegen, aber vor allen Dingen dadurch, dass mehr Frauen in Teilzeit oder in geringfügiger Beschäftigung arbeiten, das von Frauen erreichte Arbeitsvolumen hat sich kaum verändert
- der Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, der für eine kurze Zeit eher zu Lasten von Männern ging, trifft jetzt Männer und Frauen gleichermaßen, bei den neuen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen profitieren Männer sogar deutlich
- deutlich unterrepräsentiert sind Frauen in den Berufsgruppen der Beamten und vor allen Dingen bei den Selbständigen
- Frauen haben immer noch deutlich bessere Schulabschlüsse als junge Männer
- die Verknappung des Lehrstellenangebots geht überwiegend zu Lasten der jungen und gut gebildeten Frauen, rechnerisch betrafen 86% des Rückgangs an Ausbildungsplätzen Frauen, besonders stark abgenommen hat die Anzahl der weiblichen Auszubildenden in den typisch weiblichen Berufsfeldern, Frauen, die sich in typisch männlichen Berufsfeldern bewerben, haben die größten Zugangsprobleme<sup>4</sup>
- die Teilzeitquote in Deutschland ist im Vergleich zu 1991 um über 12% gestiegen und eine Domäne der Frauen geblieben, deutlich ist aber auch, dass über 50% der Frauen im Osten und 10% der Frauen im Westen angeben, dass es sich um unfreiwillige Formen der Teilzeitarbeit handelt
- seit 2004 ist auch die Entwicklung bei der Arbeitslosigkeit nicht mehr günstiger für Frauen, Frauen sind stärker von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen als Männer
- Frauen beenden seltener als Männer ihre Arbeitslosigkeit durch eine Beschäftigung, insgesamt sinkt der Anteil der Frauen, die nach Arbeitslosigkeit in Beschäftigung kommen
- 40% der Frauen beenden ihre Arbeitslosigkeit durch eine nicht näher bestimmte „Nichterwerbstätigkeit“, das heißt, sie gehen als Partnerinnen von erwerbstätigen Männern in die Stille Reserve, sind arbeitsunfähig oder nicht verfügbar

---

<sup>2</sup> ebenda

<sup>3</sup> Entwicklung der Chancengleichheit von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt, Bundesagentur für Arbeit, Juni 2005

<sup>4</sup> Bundesministerium für Bildung und Forschung: Berufsbildungsbericht 2004,

- Frauen werden in Weiterbildungen zwar immer noch prozentual entsprechend der Zielquote bedient, bei den drastischen Rückgängen in der Gesamtzahl der geförderten Weiterbildungen ist jedoch ein starker Rückgang zu verzeichnen
- Berufsrückkehrerinnen sollten mit 10% an den Förderinstrumenten der Agentur beteiligt werden, erreichen jedoch nur eine Quote von 2%<sup>5</sup>

Wir weisen als Bundesarbeitsgemeinschaft Berufliche Perspektiven für Frauen e.V. immer wieder deutlich und drastisch darauf hin, dass die Veränderungen in Arbeitsmarkt-, Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik nicht dazu führen werden, dass Frauen gleiche Chancen haben, sondern dass ein Teil des gesellschaftlichen Umbaus, der von der Politik inszeniert wird, Frauen in erheblichem Umfang benachteiligen wird. Wir sehen in den jetzt vorliegenden Untersuchungen leider erste Bestätigungen unserer Prognosen.

Haben sich die Regionalstellen „Frau und Beruf“ und all die anderen frauenspezifischen Beratungsstellen, die es noch gibt, tatsächlich überflüssig gemacht? Wir möchten stärkere Argumente hören, als lapidare Erklärungen eines Ministeriums, dass von dort aus auch in Zukunft andere geeignete Maßnahmen zur Erreichung von Chancengleichheit durchgeführt würden. Warum also ein „Aus“ für die Beratungsstellen? An der Qualität kann es nicht liegen. Selbst Stiftung Warentest, die berüchtigt für ihre Bildungstests ist, bestätigt die hohe und einzigartige Qualität der Arbeit der Beratungsstellen<sup>6</sup>. Die Nachfrage von Seiten der Frauen ist seit Jahren konstant, mit Einführung der Hartz-Gesetze eher noch steigend. Lange Wartezeiten müssen inzwischen in Kauf genommen werden, so dass die Kapazitäten noch auszubauen wären. Für die große Zahl von Frauen ohne Leistungsbezug sind die Beratungsstellen Frau und Beruf die wichtigste und einzige Anlaufstelle.

Warum also? Die Regionalstellen arbeiten an einer empfindlichen Schnittstelle zwischen Individuum und gesellschaftlicher Verantwortung. Sie sind in ihrer Beratung unabhängig und parteilich, das heißt sie sind in erster Linie denen verpflichtet, die Information und Beratung suchen. Sie sind in der Lage langfristige strukturelle Veränderungen in der Region anzuregen, zu begleiten und kritisch zu verfolgen, sie können über viele Jahre hinweg an betrieblichen Strukturen arbeiten, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern, sie können mit den Akteuren der Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik dafür sorgen, dass Frauen auf ihre Situation und ihren Bedarf zugeschnittene Angebote erhalten.

Im Brief des Ministeriums wird auch Bezug darauf genommen, was stattdessen gefördert werden soll, nämlich die Startcenter in NRW, Gründungszentren, deren Angebot nun auch auf Gründerinnen ausgerichtet wird. Gab es für die Startcenter vorher keine Gründerinnen? Existenzgründungen sind ganz häufig eine Männerdomäne. Der Frauenanteil bei den Selbständigen liegt bei 25%. Die Ich-AG, die zu einer Erhöhung des Frauenanteils bei den Gründungen aus der Arbeitslosigkeit geführt hat, ist gerade als Förderinstrument beendet worden. Startcenter sind für Unternehmensgründungen da, was leider häufig in erster Linie Männerförderung bedeutet. Frauen sind nicht im Blickfeld, können eben allenfalls auch beraten werden. In den Regionalstellen treffen potentielle Unternehmensgründerinnen in der Regel auf eine kompetente und zugewandte

<sup>5</sup> ebenda

<sup>6</sup> Stiftung Warentest, test spezial Weiterbildung 11/2004

Ansprechpartnerin. Nicht nur die spezifische Beratung hat eine besondere Bedeutung sondern auch die Arbeit der Regionalstellen, die Unternehmenskultur, insbesondere auch die Wirtschaftsförderung für Frauen zu verbessern.

Und so entpuppt sich die Aktion des Ministeriums als plumper Versuch, Geld dahin zu verschieben, wo Mann es gerne hätte. Im Zuge des Gender Mainstreams<sup>7</sup> ist das durchaus ein Verhalten, das wir auf vielen Ebenen beobachten. Statt Mädchen bei der beruflichen Orientierung zu fördern, wird entdeckt, dass die Jungs die eigentlich Schwachen sind, die gefördert werden müssen. Wohin das führt, sehen wir bei der Verdrängung der Mädchen auf dem Ausbildungsmarkt.

Manchmal beschleicht einem das Gefühl, dass manche Politiker die so erfolgreiche und begeisternde Fußballweltmeisterschaft in Deutschland genutzt haben, um manches Unangenehme so unterzubringen, dass es hoffentlich keiner merkt.

Wenn wir einen positiven Blick in die Zukunft behalten wollen, dann gehört der Bestand der Regionalstellen dazu. Die Politik muss spüren, dass Bürger und Bürgerinnen nicht alles hinnehmen, was gewählte Vertreter vertreten, sondern auch eine eigenständige Wahrnehmung haben, was sie an öffentlich geförderten Angeboten benötigen, damit sie eine Chance auf dem Arbeitsmarkt erhalten, damit die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gelebt werden kann und die Gesellschaft nicht weiterhin auf sehr gut ausgebildete Frauen verzichten muss.

Machen Sie deutlich, dass Sie die Schließung der Regionalstellen nicht hinnehmen. Schreiben Sie dem Minister, Ihrer Zeitung, Ihrer/m Landtagsabgeordneten, Ihrer/m Bürgermeister/in, den Parteivorsitzenden, dem Chef der IHK und der Handwerkskammer. Teilen Sie einfach allen Ihren Protest mit.

Unterstützen Sie die Regionalstellen Frau und Beruf in NRW und anderswo.

Keine Schließung der Regionalstellen „Frau und Beruf“ und keine Kürzung der Mittel.

Karin Kirschner, Monica Kotte  
BAG Berufliche Perspektiven für Frauen e.V., Berlin, Bremen  
September 2006

---

<sup>7</sup> Der Begriff Gender Mainstreaming ("Integration der Gleichstellungsperspektive", "durchgängige Gleichstellungsorientierung") bezeichnet den Versuch, die Gleichstellung der Geschlechter auf allen gesellschaftlichen Ebenen durchzusetzen. Der Begriff wurde 1995 auf der 4. Weltfrauenkonferenz in Peking geprägt. Bekannt wurde Gender Mainstreaming insbesondere dadurch, dass das Konzept 1997 durch den Amsterdamer Vertrag zum offiziellen Ziel der EU-Politik gemacht wurde. Gender Mainstreaming unterscheidet sich von expliziter Frauenpolitik dadurch, dass beide (bzw. alle) Geschlechter gleichermaßen in die Konzeptgestaltung einbezogen werden sollen. Das Ziel des Gender Mainstreaming wird von weiten Teilen des politischen Spektrums anerkannt. Kritik erfährt Gender Mainstreaming von Gleichstellungsgegnern, Teilen des Feminismus und - aufgrund der derzeitigen praktischen Umsetzung - von Gleichberechtigungsbefürwortern und -befürworterinnen.

BLZ 31.10.06

# Gladbacher Frauenhaus wird zu klein

## Immer mehr misshandelte Frauen und ihre Kinder bitten um Aufnahme – Nur acht Plätze

von STEPHAN BROCKMEIER

**BERGISCHE GLADBACH.** Die Adresse ist geheim, damit kein prügeln der Ehemann das Haus finden kann: Die Rede ist vom Bergisch Gladbacher Frauenhaus, einer Zufluchtsstätte für misshandelte Frauen und ihre Kinder. Neuerdings muss das Frauenhaus immer mehr Hilfe suchende Frauen abweisen: „Mehr als 80 Prozent der Anruferinnen bei uns konnten nicht aufgenommen werden, weil alle Plätze belegt waren“, sagt Sozialarbeiterin Conny Wagner-Kocabas. Zugleich ist die Zahl der Frauen, die dort anklopfen, gestiegen. Von Januar bis September haben 201 Frauen angefragt, aber nur für 36 Frauen und deren Kinder stand ein Platz zur Verfügung. Im Vergleichszeitraum des Vorjahres waren es 190 Frauen, 2004 nur 156 Anfragen. Wagner-Kocabas vermutet, dass die hohe Arbeitslosigkeit dazu ent-

scheidend beigetragen hat: „Das Geld wird dann knapp und außerdem ist die Arbeitslosigkeit eine große Belastung für das Selbstwertgefühl.“ Dadurch brächen Konflikte auf oder würden vertieft.

Das Bergisch Gladbacher Frauenhaus bietet Platz für acht Frauen und ihre Kinder. Voraussetzung sei, dass die Frauen körperlich misshandelt oder seelisch erniedrigt wurde. „Wenn die Frauen einziehen, versuchen wir, sie zu

stabilisieren, damit sie lernen, sich alleine wieder zurecht zu finden.“ Erschwert werde die Arbeit der Sozialarbeiterinnen aber dadurch, dass in Gladbach preiswerter Wohnraum knapp sei.

Die Frauen, die in der Kreisstadt Zuflucht finden, kommen aus aller Herren Länder: Deutsche sind ebenso dabei wie Migrantinnen. Nur eines haben sie gemeinsam: Sie kommen nicht aus Gladbach. „Hier wirklich nicht“, versichert

die Sozialarbeiterin Gladbacherinnen, die eine Erschwert wird die Arbeit im Frauenhaus durch die Knappheit öffentlichen Finanzien, Leverkusen oder in anderen Orten vermittelt. Viel Platz haben die Frauen und ihre Kinder in dem Haus nicht: Mütter leben mit ihren Kindern in einem Zimmer, Frauen ohne Kinder müssen sich zu zweit einen Raum teilen. Küche und Bad werden von je drei Parteien gemeinsam genutzt. „Luxuriös ist es hier wirklich nicht“, versichert

### Männer wollen Vaterzeit, aber ohne Haushalt

**HAMBURG.** Fast drei von vier Männern könnten sich laut einer Umfrage gut vorstellen, als Vater ein Jahr lang zu Hause zu bleiben. Allerdings glauben 64 Prozent, dass ein Mann, der Elternzeit nimmt, mit beruflichen Nachteilen rechnen muss. Knapp ein Drittel sagt aber auch, dass sie sich gern um die Kinder kümmern würden – auf die Hausarbeit aber keine Lust hätten. (dpa)

BLZ 26.09.06

RHEIN-BERG

AGFN

# Sterben zu viele Brustkrebs-Patientinnen?

Rainer Bleek (SPD) fordert Untersuchung, warum es zu viele „vermeidbare Sterbefälle“ gibt

von WALTER K. SCHULZ

RHEIN-BERG. Nachdenklichkeit löste der „rheinisch-bergische Gesundheitsbericht“ im Kreistag aus. Rainer Bleek (SPD) merkte an, dass sich die Krebsternten intensiv mit dem Bericht und dem Zahlenwerk auseinandersetzen müssten, weil beispielsweise die Säuglingssterblichkeit und die Fälle von vermeidbaren Sterbefällen beim Brustkrebs im Vergleich zu anderen Gebieten recht hoch seien.

Auch bei den Impfquoten gegen Masern, Mumps und Röteln müsse man genau hinschauen, meint der Wermels-

kirchener Sozialdemokrat.

Bleek fand in dem Bericht keine Erklärung für die Zahlen, deshalb will er Aufklärung, warum das so sei; und man müsse überlegen, was man besser machen könne.

Der Kreistag nahm den Bericht ansonsten kommentarlos zur Kenntnis.

## Aktionen gegen Aids und Essstörung

Um die Bevölkerung zu sensibilisieren und gesundheitliche Defizite zu verbessern oder zu beseitigen, bereiten der Kreis und die Gesundheitskonferenz gesundheitsre-

levante Themen auf. So Aktionsprogramme zu den Themen „Essstörungen“, „Aids“ und „Impfen“. Der Bericht bietet die Möglichkeit des direkten Vergleichs zwischen dem Kreis und dem umliegenden Kommunen.

Landrat Rolf Menzel weist in seinem Vorwort darauf, dass, die gewonnenen Erkenntnisse zur gesundheitlichen Lage und die sich hieraus ergebenden Handlungsbedarfe nun in einem zweiten Schritt in einer themenspezifischen Gesundheitsberichterstattung mit entsprechender Maßnahmenplanung aufzubereiten sind“.

Das Spektrum von Krankheiten und gesundheitlichen Beeinträchtigungen sind nach dem Bericht „in seiner Gesamtheit kaum überschaubar“, bei näherer Betrachtung zeige sich aber, dass es nur wenige Krankheitsbilder und -gruppen seien, die das Krankheitsgeschehen im Wesentlichen bestimmten.

Es dominieren Herz-Kreislauferkrankungen, rheumatische Erkrankungen, Krebs und psychiatrische Erkrankungen. Diese Krankheitsbilder verursachen, so der Bericht, zum Beispiel rund 80 Prozent der Renten wegen Erwerbsminderung.

Die Erfassung der Krankheiten ist derweil problematisch, weil Datenschutzbestimmungen einem Gesamtbild entgegenstehen. So werden die Erkenntnisse über den Gesundheitszustand der Bürger vor allem aus Untersuchungen und (Morbidity-)Statistiken gewonnen. Dazu werden beispielsweise das regionale Krebsregister und die Deutsche Herz-Kreislauf-Präventionsstudie in Anspruch genommen. Man kann aber auch auf die Todesursachenstatistik zurückgreifen, die auf einer Auswertung der ärztlichen Leichenschaucheine basiert.

In der Auswertung der „vermeidbaren Sterbefälle, die unter adäquaten Behandlungen und Vorsorgebedingungen als vermeidbar gelten“ liegt der Indikator beim Brustkrebs fausgehend von einem Mittelwert über der Werten von Solingen, Mettmann, Köln, Leverkusen, Oberberg, und Rhein-Sieg. Auch der entscheidende Wert des Regierungsbezirks Köln und der Landes NRW wird übertroffen.

Die Säuglingssterbefälle „nach Neonatal- und Postneonatalsterblichkeit“ (Lebensdauer bis zu sechs Tagen) sind im Vergleich ebenfalls höher als in Solingen, Köln, Oberberg und Rhein-Sieg.

Studie

# Gebärstreik gegen alte Geschlechterordnung

**zwd Berlin (utz) – In der Studie „Mutter-Vater-Kinder-Los“ der Friedrich-Ebert-Stiftung identifiziert Barbara Stiegler die patriarchale Geschlechterordnung und das traditionelle Familienbild als eine der wesentlichen Ursachen für die hohe Kinderlosigkeit in Deutschland. Die Autorin hat den viel diskutierten Geburtenrückgang erstmals aus der Genderperspektive analysiert. Sie plädiert dafür, die familienpolitischen Maßnahmen um eine „geschlechterpolitische Strategie gegen Kinderlosigkeit“ zu ergänzen.**

viel eher wieder den Müttern zugeordnet werde (abermalige *Polarisierung*).

Ergänzend zu den familienpolitischen Maßnahmen fordert Stiegler eine geschlechterpolitische Strategie gegen Kinderlosigkeit. Die traditionellen Geschlechterkonstrukte seien keineswegs in Stein gemeißelt, sondern es gebe Alternativen (siehe Tabelle 2). Eine nachhaltige Familienpolitik müsse sich dezidiert auf die Veränderung von Geschlechterverhältnissen beziehen. „Politische

Wenn sich ein Kind ankündigt, haben Männer Angst, in ihrer persönlichen Freiheit eingeschränkt zu werden. Frauen fürchten dagegen um ihre berufliche Weiterentwicklung. An diesem von Stiegler angeführten Beispiel wird deutlich, wie stark in Deutschland noch immer die „konservative Geschlechterordnung“ vorherrscht: Männer ziehen gar nicht erst in Erwägung, dass die Vaterrolle Auswirkungen auf ihre berufliche Tätigkeit haben könnte.

Politische Maßnahmen, aber auch gesellschaftliche Normen produzieren und reproduzieren die traditionelle Geschlechtervorstellungen und das darin begründete Familienbild, so die Autorin (siehe Tabelle 1). Die Berufsstrukturen sind ein Beispiel Stieglers: Frauen besetzten zwar zunehmend so genannte Männerberufe und männlich dominierte Positionen, haben dann aber besonders in gehobenen Positionen meistens keine Kinder. „Denn ihnen fehlt in der Regel der Mann und Vater, der sich um das Kind/die Kinder kümmert.“ Die „Verherrlichung der Kleinfamilie“ gegenüber der externen Betreuung (*Dualisierung*) bildet einen unlöslichen Widerspruch für be-

rufstätige Frauen mit Kinderwunsch. Erschwerend kommen die „soziokulturellen Leitbilder der Ernährer- und der Mutterrolle“ (*Polarisierung*) hinzu. So werde die Frage nach der Vereinbarkeit noch immer nur den Müttern gestellt. Die *Hierarchisierung* der Geschlechter manifestiert sich für Stiegler in der finanziellen Abhängigkeit der Erziehenden, die zu 95 Prozent Mütter sind.

Nach wie vor werfe somit die Geburt eines Kindes Mütter und Väter in die traditionellen Geschlechterverhältnisse zurück, kritisiert Stiegler. In einem nächsten Schritt fragt die Soziologin und Psychologin, ob die derzeit diskutierten familienpolitischen Maßnahmen Veränderungen in der Geschlechterordnung bewirken können. Ihr Urteil ist gemischt. Die Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten befürwortet sie, da damit die nicht-elterliche Erziehung aufgewertet werde (*Entschärfung der Dualisierung*). Auch das Elterngeld als Lohnersatzleistung fördere im Ansatz durchaus eine neues Väter- und

Mütterbild, es bleibe allerdings abzuwarten, welche tatsächlichen Erfolge sich einstellen werden. Insbesondere bei dem bestehenden Mangel von Betreuungsmöglichkeiten nach zwölf oder 14 Monaten Elterngeld, liege es nahe, dass die Betreuung der Kinder

**Alternative Geschlechterkonstrukte (Tab. 2)**

vielfältig	komplex	egalitär
Es gibt Verhaltensweisen und Fähigkeiten jenseits der Männer- und der Frauenrolle	Jede gesellschaftliche Position hat männliche und weibliche Elemente	Männlich Konnotiertes ist weiblich Konnotiertem gleichwertig
<i>entsprechendes Familienbild</i>		
Die Verantwortung für Kinder wird von vielen Personen und der Gesellschaft getragen	Es gibt für jede(n) verschiedenen Möglichkeiten, private Sorgearbeit und Erwerbsarbeit zu kombinieren	Es gibt keine finanzielle oder emotionale Abhängigkeit über die Form der Arbeit

Gegenstrategien müssen also statt der *Dualisierung* eine Vielfältigkeit von Verantwortlichkeiten, statt der *Polarisierung* verschiedene Mischformen von Sorgearbeit und finanzieller Sicherungsarbeit und statt *Hierarchisierung* eine gleichberechtigte finanziell unabhängige Partnerschaft ermöglichen“, so die Forderungen der Autorin.

Konkret bedeute dies, die traditionelle Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern aufzubrechen. „Ein neues Leitbild würde Mütter nicht alleine für die Sorgearbeit und Väter nicht alleine für die finanzielle Sicherung von Mutter und Kind zuständig lassen. Für beide gäbe es einen Mix aus Sorgearbeit und finanzieller Sicherung.“ Gleichzeitig müsse aber auch die gesellschaftliche Verantwortung für die Erziehung und Bildung von Kindern gestärkt werden. ■

Die Studie zum Download unter: [www.zwd.info/Dokumente/Demographie](http://www.zwd.info/Dokumente/Demographie)

**Traditionelle Geschlechterkonstrukte (Tab. 1)**

dual	polar	hierarchisch
Verhalten und Fähigkeiten sind männlich oder weiblich konnotiert	Typisch männlich ist genau das, was nicht typisch weiblich ist	Männliches ist der allgemeine Maßstab, Weibliches die Abweichung
<i>entsprechendes Familienbild</i>		
Allein die Familie ist für die Kinder zuständig	Familie besteht aus erwerbstätigem Vater und privat arbeitender Mutter	Mutter und Kinder sind vom Vater als Haupt der Familie abhängig

## Arbeitsmarkt

# Hohe Mütter-Arbeitslosigkeit

**zwd Berlin (mih)** – Je besser die Betreuungsinfrastruktur für Kinder, desto höher die Chance von erwerbslosen Müttern, wieder in Brot und Lohn zu kommen. Diesen Zusammenhang stellt das Diskussionspapier „Female Labor Market Transition in Europe“ her, das im Juli vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) veröffentlicht worden ist.

Der Vergleich von sechs europäischen Ländern zeigt, dass das Leben mit kleinen Kindern nicht automatisch mit einem Ausstieg aus dem Beruf verbunden sein muss. In Dänemark haben Kinder so gut wie keinen Effekt auf die Vollzeitbeschäftigung von Frauen. In Deutschland dagegen reduzieren Kinder die Wahrscheinlichkeit, dass Mütter weiter in Vollzeit ar-

beiten. Statt dessen wechseln sie in Teilzeit oder scheiden ganz aus.

Erwerbslose Mütter in Dänemark haben auch mit Kleinkindern (0-2) die Chance, wieder Zugang zum Arbeitsmarkt zu finden. In Deutschland dagegen schaffen Mütter den Sprung aus der Arbeitslosigkeit erst, wenn ihre Kinder zwischen 7 und 15 Jahren alt sind. Übergänge von einer Nicht-Beschäftigung zu einem Vollzeitjob sind unwahrscheinlich. Das DIW bescheinigt Deutschland eine institutionelle Verzögerung, da es strukturell immer noch auf den traditionellen Familienernährer ausgerichtet sei. Auch die BRD müsse einen flexibleren Rahmen schaffen, durch den Mütter wieder Zugang zum Arbeitsmarkt finden können, lautet das Fazit der Studie. ■

---

Seite 4 / Nr. 233/2006 - 20. Jahrgang

*zwd Frauen und Politik*

## Europa

# Globale Gewinne nicht auf Kosten von Frauen

**zwd Straßburg (mih)** – Das Europäische Parlament (EP) hat die Diskriminierung von Frauen in der globalen Handelspolitik verurteilt und fordert die Stärkung von Frauen und ihren Rechten. Eine entsprechende Entschließung (2006/2009(INI)) hat das EP am 28. September in Straßburg verabschiedet.

Es sei höchste Zeit für das Europaparlament gewesen, die geschlechterspezifischen Auswirkungen der Marktliberalisierung auf die Tagesordnung zu setzen, erklärte die frauenpolitische Sprecherin der Grünen im EP, Hiltrud Breyer. „Der Exporterfolg vieler Länder ist nur durch die

Diskriminierung von Frauen möglich, die in Fabriken zu inhumanen Bedingungen ihre Existenz fristen“, kritisierte Breyer. Die Globalisierung habe zu einer Zunahme von prekärer Arbeit und insbesondere zu einer Feminisierung instabiler Beschäftigungsverhältnisse und von Arbeitslosigkeit geführt, heißt es in der Entschließung. Die Europäische Union (EU), die sich als Wertegemeinschaft verstehe und gerade im Bereich der Gleichstellung Meilensteine gesetzt habe, müsse diese Werte aktiv in der internationalen Handelspolitik vertreten, mahnte Breyer.

Das Europäische Parlament hat die EU-Kommission deshalb aufgefor-

dert, eine Abteilung „Handel und Geschlechteraspekte“ unter dem Dach der Generaldirektion Handel einzurichten. Diese soll prüfen, ob die Staaten, mit denen die Europäische Union Handelsbeziehungen pflegt, auch die Frauenrechte achten. Im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit soll ein spezieller Fonds geschaffen werden, um Frauen den Zugang zu Krediten, Bildung und qualifizierter Ausbildung zu ermöglichen. Nach Vorstellung des Parlaments müssen Kommission, Rat und Mitgliedstaaten dafür Sorge tragen, eine geschlechtergerechte Haushaltsführung als Standardinstrument auf allen Ebenen der Handelspolitik einzusetzen. ■



## Rezension

# Einblicke in den Kampf von Betriebsrätinnen

**zwd Berlin (utz)** – Gleichstellung heißt die Hälfte der Macht, auch in der Privatwirtschaft. In dem Sammelband „Gleich gestellt: doppelt stark! Chancengleichheit in Unternehmen – die Praxis“ stellen Betriebsrätinnen und andere engagierte Frauen ihre Erfahrungen in der betrieblichen Gleichstellungsarbeit vor. Herausgegeben wurde der Band von zwei Gewerkschafterinnen und einer Beraterin für Unternehmen im Bereich Chancengleichheit.



Die Gleichstellung von Mann und Frau ist (auch) in der Privatwirtschaft noch lange nicht erreicht, das wird in den Beiträgen im ersten Teil des Buches deutlich. Die Autorinnen haben Zahlen und Fakten zusammengetragen, die den Handlungsbe-

darf deutlich machen. Mit knapp 49 Prozent stellten Frauen heute zwar fast die Hälfte der Beschäftigten. Die Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit beschränkte sich allerdings größtenteils auf Teilzeitarbeit und die Zunahme der geringfügigen Beschäftigung.

Im zweiten Teil liefert das Buch Praxisbeispiele aus der betrieblichen Gleichstellungsarbeit. Spannend ist, dass die Autorinnen aus Männerdomänen wie der Automobil-, Maschinenbau- und Stahlindustrie berichten. Schade ist, dass gerade Projekte für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf einen relativ großen Raum einnehmen, obwohl in den einleitenden Worten mehrmals betont wird, dass Frauenpolitik nicht gleich Familienpolitik ist. Aus der Rolle fällt dabei ein Beispiel von Thyssen Krupp:

Der dortige Gleichstellungsausschuss hat eine Imagekampagne initiiert, die speziell dem weiblichen Nachwuchs den Einstieg bei dem Stahlunternehmen schmackhaft machen soll.

Im Anhang des Sammelbandes findet sich ein hilfreicher Überblick über die Meilensteine gewerkschaftlicher Frauenpolitik in der Geschichte der Bundesrepublik. Trotz der Fortschritte besteht in den Betrieben Handlungsbedarf, wie Claudia Menne vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) in ihrem Beitrag anmahnt. Der vorliegende Sammelband gibt zahlreiche Hinweise, wie sich das ändern kann. ■

*Kirsten Rölke/Christiane Wilke/Mechthild Kopel (Hrsg.): Gleich gestellt: Doppelt stark! Chancengleichheit in Unternehmen – die Praxis, VSA-Verlag, Hamburg 2006, 12,80 Euro, ISBN 3-89965-204-5.*

## FrauenLohnSpiegel online

# Entgeltgefälle im Visier

**zwd Berlin (utz)** – Noch immer verdienen Frauen weniger als Männer. Das bestätigt eine Online-Befragung des WSI-Tarifarchivs der Hans-Böckler-Stiftung. Unter [www.frauenlohnspiegel.de](http://www.frauenlohnspiegel.de) kann frau selbst an der



Befragung teilnehmen und gleichzeitig ihren Verdienst mit dem ihrer KollegInnen vergleichen.

Verdienen Sie, was Sie verdienen? Der so genannte Lohn- und Gehaltscheck gibt darüber Auskunft. Bisher haben sich rund 60.000 Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen an der Online-Befragung beteiligt, auf der die Vergleichstabelle beruht. Sie enthält inzwischen die Lohn- und Gehaltsinformationen von mehr als 130 Berufen.

Hilfreich ist auch die Übersicht über die tarifliche Grundvergütungen aus

50 Branchen: von A(rzthelferin) bis Z(ugbegleiter), von der ungelerten Küchenhilfe im sächsischen Hotel- und Gaststättengewerbe mit 1.075 Euro bis zur Kundenberaterin im Bankgewerbe mit bis zu 4.032 Euro tariflichem Grundentgelt.

Ein Ergebnis der für alle offenen Online-Befragung: Frauen verdienen im Schnitt 22,5 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Anlass für ver.di, eine Kampagne für Entgeltgleichheit zu starten. Die GewerkschafterInnen fordern „gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit“ und eine diskriminierungsfreie Bewertung von Tätigkeiten“. Unter [www.entgeltgleichheit.verdi.de](http://www.entgeltgleichheit.verdi.de) finden sich Hintergrundinformationen und Kampagnenmaterial. ■

[www.entgeltgleichheit.verdi.de](http://www.entgeltgleichheit.verdi.de)  
[www.frauenlohnspiegel.de](http://www.frauenlohnspiegel.de)

## 15. Shell Jugendstudie

# Mädchen überholen Jungs

**zwd Berlin (utz) – Die am 21. September in Berlin vorgestellte 15. Shell Jugendstudie bestätigt erneut, dass junge Frauen im Bereich der Schulbildung ihre männlichen Kollegen bereits überholt haben. Gleichzeitig sind die leistungsstarken jungen Frauen mit Männern konfrontiert, die noch den traditionellen Rollenbildern verhaftet sind.**

Im Jahr 2006 haben 47 Prozent der jungen Frauen Abitur gemacht, aber nur 40 Prozent der männlichen Jugendlichen. Professor Klaus Hurrelmann, Mitautor der Studie, kennzeichnete diese Phänomene als ein „Auseinanderdriften der Bildungswelten der Geschlechter“. Zwar habe sich der Bildungserfolg bei beiden Geschlechtern gesteigert, bei Mädchen sei der Zuwachs jedoch höher als bei Jungen. Sozialwissenschaftler Hurrelmann befürchtete einen „Krieg der Geschlechter“ und pochte auf die verstärkte Förderung junger Männer. Demgegenüber hielt Bundesrauenministerin Ursula von der Leyen (CDU) das Aufholen der Mädchen für eine „überfällige Selbstverständlichkeit“ und bemängelte, dass sich die Bildungserfolge der Mädchen bisher nur spärlich im späteren Berufsleben niederschlugen.

### Wettbewerbersorientierung bei Jungen stärker

Tatsächlich präsentiert sich die männliche Jugend deutlich wettbewerbsfreudiger als die weibliche. Jungen und junge Männer geben zu 57 Prozent an, dass sie „gerne mit anderen in Wettstreit stehen“, Mädchen und junge Frauen sind in dieser Hinsicht mit 38 Prozent zurückhaltender. Für die Umsetzung des Bildungserfolges in beruflichen Erfolg brauche es auch

Durchsetzungskraft, um im Wettbewerb mit anderen zu bestehen, heißt es in der Studie. Trotz ihres geringeren Bildungserfolges hätten Jungen und junge Männer in dieser Hinsicht weiterhin einen Vorsprung.

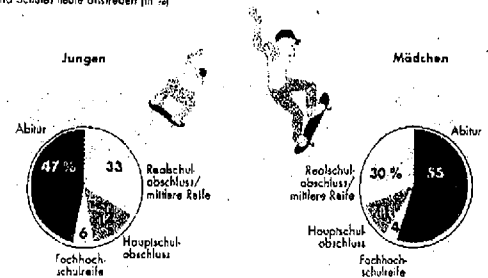
### Junge Männer: unmodern

Weibliche Jugendliche, so die Studie, wollen beruflich und privat gleiche Chancen: „Junge Frauen sind heute eine durchsetzungswillige und leistungsstarke Generation, die Gleichberechtigung fordert und sich – ganz pragmatisch – nicht mehr in lange Grundsatzdebatten verstrickt.“

### Mädchen auf der Überholspur

Junge Mädchen streben höhere Bildungsabschlüsse an

Welche Schulabschlüsse Schülerinnen und Schüler heute anstreben (in %)



Quelle: 15. Shell Jugendstudie, Stand 2006

Gerade sozial benachteiligte Männer, so Hurrelmann, klammerten sich an ein traditionelles Männerbild, obwohl dies angesichts der Einstellung der jungen Frauen realitätsfern sei.

Die Studie befasst sich mit den Perspektiven, Werten und Befindlichkeiten der 15- bis 25-Jährigen. Insgesamt 2.532 Jugendliche wurden befragt. Die heutige Jugend habe eine erstaunlich pragmatische Grundeinstellung zu den Herausforderungen des Alltags, so Hurrelmanns Gesamtfazit. Im Vergleich zu dem großen persönlichen Optimismus, der in der Studie von 2002 festgestellt worden war, sei die Zukunftsangst der Jugendlichen angesichts der ökonomischen Probleme im Land allerdings größer geworden. ■

Zusammenfassung der Studie unter [www.shell-jugendstudie.de](http://www.shell-jugendstudie.de)

## Elterngeld

# Beschlossen für Mütter und Väter

**zwd Berlin (utz) – Mit den Stimmen der Großen Koalition ist am 29. September das so genannte Elterngeld vom Bundestag verabschiedet worden. Für die frauenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Bundestag, Christel Humme, ist dies ein Signal für mehr Geschlechtergerechtigkeit.**

„Frauen werden im Berufsleben bessere Chancen haben, wenn es um ihre Bewerbung und Beförderung geht. Männer trauen sich eher in Elternzeit zu gehen, weil auch sie künftig einen Anspruch auf Elterngeld haben“, so die Erwartungen von Humme. Bisher werde das größte Risiko bei einer Familiengründung von den Frauen getragen, die in den meisten Fällen eine längere Berufspause einlegten und dann mit Schwierigkeiten beim Wiedereinstieg konfrontiert seien. „Vereinbarkeit darf zukünftig nicht allein Sache der Frauen sein“, forderte die SPD-Politikerin. Auch Bundesfrauenministerin Ursula von der Leyen (CDU) betonte bei der Aussprache im Bundestag, durch das Elterngeld sei es möglich, dass die Verantwortung für Einkommen und Erziehung gleichermaßen in den Händen von Müttern und Vätern liegt.

### Anreiz für Väter und Mütter

Kern des Elterngelds, das zum 1. Januar 2007 das bisherige Erziehungsgeld ablösen wird, ist die Einkommensersatzleistung in Höhe von 67 Prozent des Nettoeinkommens des betreuenden Elternteils. Dies soll nach dem Willen der Koalition sowohl Müttern als auch Vätern den Anreiz geben, für die Kinderbetreuung eine Auszeit zu nehmen, dann aber auch wieder schnell in den Beruf zurückzukehren. Den Mindestbetrag von 300 Euro erhalten auch Eltern, die vorher nicht erwerbstätig waren, wie etwa BezieherInnen von Arbeitslosengeld

II, aber auch Hausfrauen. Bis zu 14 Monate können Mütter oder Väter das Elterngeld erhalten. Kümmert sich nur ein Elternteil um das Kind, ist die Laufzeit auf zwölf Monate beschränkt. Alleinerziehende haben 14 Monate lang Anspruch auf die Lohnersatzleistung.

Neu aufgenommen wurde im Gesetz die vom Deutschen Juristinnenbund geforderte Änderung zum Geschwisterbonus (siehe FUP 232).

### Opposition:

#### Kinderbetreuung ausbauen

In der Debatte um das Elterngeld kritisierten sowohl die frauenpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion, Ina Lenke, als auch die Grünen-Abgeordnete Krista Sager, dass den Eltern nach dem ersten Jahr ein Wiedereinstieg in den Beruf kaum möglich sei, da Betreuungsmöglichkeiten fehlten. Als nächster Schritt sei ein Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung nach dem ersten Lebensjahr notwendig, drängte Sager. SPD-Politikerin Humme kündigte an, dass 2008 ein solcher Rechtsanspruch für unter Dreijährige beschlossen werde. Allerdings nur, wenn absehbar sei, dass bis zum Jahr 2010 kein bedarfsgerechter Ausbau der Betreuungsplätze erreicht wird. Jörn Wunderlich, familienpolitischer Sprecher der Linksfraktion, verurteilte scharf, dass durch die Neuregelung 155.000 Familien mit niedrigem Einkommen gegenüber dem bisherigen Erziehungsgeld schlechter gestellt würden. Dieses wird bisher bis zu 24 Monate gezahlt. Seine Fraktion plädierte in einem Antrag für die Möglichkeit, den Sockelbetrag von 300 Euro für 24 Monate zu beziehen.

Die Anträge der Oppositionsfraktionen fanden im Plenum allerdings keine Mehrheit. FDP, Linkspartei und Grüne votierten ihrerseits gegen den Gesetzentwurf der Regierung. Über das Gesetz wird voraussichtlich Anfang November der Bundesrat abstimmen. Dessen Zustimmung gilt allerdings als sicher. ■